

Leserbrief an die WAZ Zentralredaktion und Bochum

Sehr geehrte Damen und Herren,

in der WAZ vom 29.12.2023 befand sich ein Artikel mit der Überschrift "Bürgergeld: Heil sagt „Totalverweigerern“ den Kampf an". Im Artikel wird ausgeführt, dass der Arbeitsminister Hubertus Heil ein Gesetz einbringen will, wonach bei Personen, die sich weigern, eine nachgewiesene Arbeitsstelle anzutreten, zwei Monate keine Regelleistung gezahlt werden kann sondern nur die Kosten der Unterkunft.

Zugleich wird in dem Artikel ausgeführt, dass das Ministerium angeblich mit Einsparungen von 150 Mio. Euro rechnet.

Im Jahre 2018 wurden an Leistungen 20,4 Mrd. Euro an SGB II-Empfänger gezahlt. Wenn also zwei Monate keine Leistungen erbracht würden, wären es dann 3,5 Mrd. Euro, die eingespart werden könnten. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, dass dann die Kosten der Unterkunft noch zu zahlen wären, die hier nicht näher beziffert worden sind. Da allerdings nur ca. 0,6 % aller SGB II-Empfänger überhaupt irgendwelche Tätigkeiten nicht antreten, ergäbe sich daraus ein maximaler Einsparbetrag von 20 Mio. Euro. Angeblich rechnet das Ministerium jedoch mit 150 Mio. Euro Einsparungen, was wohl von den gleichen Rechenexperten stammt, die ansonsten die zu erwartenden Baukosten bei öffentlichen Gebäuden oder Straßen kalkulieren.

Auf der gleichen Seite stand dann ein Artikel, wonach der Bund auf Geltendmachung von Ansprüchen gegen den Ex-Bundesminister Andreas Scheuer in Höhe von 243 Mio. Euro verzichtet